

Verlagsbedingungen und Anzeigenpreise sind in der Morgenausgabe angegeben
Redaktion: SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 291
Tel.-Adresse: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts

Verlag und Anzeigenabteilung:
Geschäftst. 8 1/2 bis 5 Uhr
Verleger: Vorwärts-Verlag GmbH.
Berlin SW. 68, Cindenzstraße 3
Telefon: Dönhoff 292 - 291

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Hindenburg empfängt heute Marx.

Nach Besprechungen mit Guérard, Westarp und Brauns.

Offiziell wird gemeldet:

Der Herr Reichspräsident empfing heute vormittag den Führer der Zentrumsfraktion, Abgeordneten v. Guérard, den Vorsitzenden der deutschnationalen Fraktion, Grafen Westarp, sowie den Reichsarbeitsminister Dr. Brauns zu Besprechungen über die politische Lage.

Heute nachmittags 5 1/2 Uhr wird der Herr Reichspräsident den Reichskanzler Dr. Marx empfangen.

Die Rechtspresse stellt sich heute morgen einheitlich auf den Standpunkt, daß zwar die Mission des Herrn Curtius gescheitert sei, der Auftrag des Reichspräsidenten aber, mit der Rechten eine Regierung zu bilden, fortbestehe. Wenn also jetzt ein Zentrumsmann mit der Regierungsbildung betraut werde, so müsse er nach diesem Auftrag handeln. Am hübschesten drückt diesen Gedanken die 'Deutsche Tageszeitung' aus, indem sie schreibt:

Gescheitert ist lediglich die Kandidatur Dr. Curtius. Wenn jetzt also etwa versucht werden sollte, den klaren Willen des Reichspräsidenten in sein Gegenteil umzubiegen, so muß man erwarten, daß derartige Versuche durch erneute klare Umschreibung des Auftrages im Keime erstickt werden. Will das Zentrum die Führung bei den Verhandlungen haben, so ist dagegen sehr ebensowenig einzumenden wie früher dagegen eingewendet worden ist. Aber dann muß es nach der Marschrouten vorgehen, die der Reichspräsident aufgestellt hat, und eine Personlichkeit vorzeichnen, die nach dieser Marschrouten marschieren will.

Wie sich das Zentrum mit dieser Uebertragung militärischer Gedankengänge auf eine parlamentarische Regierungsbildung abfinden will, ist seine Sache. Schade nur, das das System der Regierungsbildung durch Befehlsgewalt erst jetzt erfunden worden ist. Sonst hätte Ober bei allen Regierungskrisen einfach 'Hinkum marsch!' kommandieren können, und alles wäre am Schnürchen gegangen.

Wir haben heute morgen hier die Frage aufgeworfen, wieviel Kilogramm ihrer Prinzipien die Deutschnationalen für ein paar Ministeressel dreinzugeben bereit waren. Auf sie gibt jetzt die 'Germania' teilweise Antwort, indem sie schreibt:

Wie man in den Wandelgängen des Reichstages, die auch gestern nicht ganz ausgestorben waren, hören konnte, haben die Deutschnationalen bei der Selbstprüfung, zu der sie die Woche der Weihnachtstage anscheinend benutzt haben, ihr republikanisch rechtsfarbenteebliches Herz entdeckt. Jedenfalls soll die Antwort, die sie Herrn Curtius, vermutlich gleichfalls in schriftlicher Form, erteilt haben und in der nicht nur von der bisherigen und der künftigen Locarnopolitik und dem Völkerbunde, sondern auch von der Reichswehr, den legalen und illegalen Verbänden, der Sozial- und Kulturpolitik u. a. die Rede sein soll, wie erwartet worden ist, der

Denkweise der republikanischen Parteien in etwas entgegenkommen. Freilich genügt die Antwort dem Vernehmen nach den Mindestforderungen, die vom Standpunkte der bisher so erfolgreich geführten Politik der Mitte gestellt werden müssen, noch lange nicht.

Den Brief des Zentrums an Curtius aber versteht die 'Germania' mit folgendem Kommentar:

Das Wichtigste des ganzen Briefes ist selbstverständlich die darin ausgedrückte Absicht der Zentrumsfraktion, nach Lage der Dinge einem Kabinett der Mitte zuzustreben. Selbstverständlich ist sich die Zentrumsfraktion dabei durchaus bewußt, daß dieses Kabinett eine Minderheitsregierung ist, die auf Unterstützung von den Flügeln her angewiesen ist. Die Deutschnationalen haben mehrfach zum Ausdruck bringen lassen, daß sie ein Mitteltabinett nicht tolerieren würden. Demnach käme hierfür nur die Sozialdemokratie in Frage. Allerdings, auch das haben wir hier schon des öfteren gesagt, könnte der genannte Ausweg nur dann zum Erfolge führen, wenn sich die Sozialdemokratie der Pflichten bewußt ist, die sie dem Mitteltabinett gegenüber haben würde, und wenn das Verhältnis zwischen Volkspartei und Sozialdemokratie eine günstige Gestaltung erfährt.

Pflichten hat die Sozialdemokratie vor allem gegenüber ihrer Millionenchar von Wählern, die vorwiegend Arbeiter, Angestellte und kleine Beamte sind. Nach diesen Pflichten wird sie sich orientieren, wenn es gilt, zu einer neuen Regierung Stellung zu nehmen. Was aber das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Volkspartei betrifft, so darf daran erinnert werden, daß die 'Germania' selbst erst gestern diese Partei als 'Vertreterin der Kapitalinteressen' gekennzeichnet und auf ihr bedenkliches Verhalten in sozialpolitischen Fragen hingewiesen hat. Die 'Germania' hat ganz deutlich ausgesprochen, daß in den Kreisen der christlichen Arbeiterchaft gegen die Volkspartei Mißtrauen herrscht. Sie wird es also den sozialdemokratischen Arbeitermassen nicht übernehmen können, wenn sie von den gleichen Gefühlen befreit sind.

Aus alledem folgt nicht, daß die Sozialdemokratie jeder neuen Regierung der Mitte von vornherein mit unbeflegbarem Mißtrauen gegenübersehen müßte. Wohl aber folgt daraus, daß sich die Sozialdemokratie ein Kabinett, dem sie ihre Unterstützung leihen soll, sehr genau ansehen muß.

Wiederbetragung von Marx?

Die offizielle Meldung von den Empfängen beim Reichspräsidenten wird im Reichstag vielfach dahin gedeutet, daß der Reichspräsident Herrn Marx, der nebenbei gesagt, heute seinen 64. Geburtstag feiert, von neuem mit der Bildung eines Kabinetts beauftragt wird.

Der preußische Lügenbund.

Verleumdungen gegen den preußischen Ministerpräsidenten

Im sogenannten 'Preußenverlag' ist eine Broschüre unter dem Titel 'Herr Ministerpräsident Braun: Wer ist Oppenheimer?' erschienen, in der behauptet wird, daß die sozialdemokratische Landagitation durch die Juden finanziert und daher auch in deren Interesse betrieben werde. Der Verfasser, angeblich ein früherer Sozialdemokrat, beruft sich hierbei auf Äußerungen, die Ministerpräsident Braun in einer vertraulichen Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses im Jahre 1920 getan haben soll. Danach soll der Ministerpräsident u. a. gesagt haben: 'Auf dem Gebiete der Landagitation habe ich mich mit Herrn Oppenheimer in Verbindung gesetzt und durch ihn vier Millionen Mark aufgetrieben.' Der 'Reichslandbund' (Nr. 52 vom 29. Dezember 1926) meint hierzu dem Sinne nach, welcher Oppenheimer auch in Betracht kommen mag, er komme in erster Linie als Geldsammler in jüdischen Kreisen in Betracht, und es frage sich, ob ein Mann, der von den Juden für bestimmte parteipolitische Zwecke höchste Summen entgegennimmt, innerlich noch die Freiheit und Unabhängigkeit besitzen kann, die von einem preußischen Ministerpräsidenten auch im gegenwärtigen politischen System nun einmal erwartet werden.

Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, handelt es sich um folgenden Sachverhalt:

Im Jahre 1920 kam der bekannte Nationalökonom Professor Dr. Franz Oppenheimer von der Frankfurter Universität zu dem damaligen Landwirtschaftsminister Braun und bat um Unterstützung seiner Siedlungsbestrebungen. Seine Siedlungsmethode geht dahin, geeignete Großbetriebe unter sachkundiger Leitung in Bewirtschaftung zu nehmen, die in der Wirtschaft tätigen Arbeiter am Ertrag zu beteiligen und im weiteren Verlauf der Bewirtschaftung aus dem Arbeiterstamm die geeigneten Leute unter Einlage ihrer Ersparnisse anzuliedeln, wobei ihnen das Stammgut über die ersten schwierigen Jahre der Eigenwirtschaft hinwegzulesen sollte. Dem Minister schien diese Idee zweckmäßig und der Unterstützung wert, und er sagte darum Professor Oppenheimer, dem von privater, übrigens nicht jüdischer, sondern gut christlicher Seite ein erheblicher Betrag für die Durchführung und Erprobung seiner Siedlungsmethode zur Verfügung gestellt war, seine Unterstützung als Landwirtschaftsminister zu. Der Minister ging dabei von der Erwägung aus, daß es Aufgabe der landwirtschaftlichen Verwaltung ist, alle Erfolg versprechenden Methoden zur Förde-

rung der Siedlungstätigkeit zu unterstützen. Zu diesem Zwecke hat er Herrn Professor Oppenheimer gegen angemessenes Entgelt eine Domäne zur Verfügung gestellt, und er kann heute mit Befriedigung feststellen, daß der Versuch durchaus gelungen ist. Zu bedauern ist nur, daß die hinreichenden Mittel fehlen, um weitere Versuche nach der Erfolg versprechenden Methode Oppenheimers durchzuführen. Ministerpräsident Braun ist nach wie vor bemüht, Herrn Dr. Oppenheimer in seinen Bestrebungen auf dem Gebiete der Siedlung nach Kräften zu unterstützen.

Das ist der Sachverhalt, von dem der Ministerpräsident wohl in einer Sitzung des sozialdemokratischen Parteiausschusses gesprochen hat, wo von wenig erjahrten Parteigenossen auf genossenschaftlichen Betrieb in der Großlandwirtschaft gedrängt wurde und er dieses Experiment ablehnte. Daraus wird nun in der antisemitischen Heftchrift die Behauptung hergeleitet, der Ministerpräsident habe 'bei den Juden 4 Millionen Mark zur sozialdemokratischen Landagitation aufgetrieben!'

Im übrigen ist mitzuteilen, daß der Ministerpräsident wegen der in der Broschüre enthaltenen unwahren beleidigenden Behauptungen Strafantrag gestellt hat, und die Broschüre auf Anordnung der Oberstaatsanwaltschaft II Berlin beschlagnahmt worden ist. Dergleichen ist Strafantrag gestellt worden wegen eines die gleichen Behauptungen wiederholenden Flugblattes 'Die Erregenschaften der Revolution' (Verlag der Deutschen Erneuerungsgemeinde, Leipzig). Auch dieses Flugblatt ist der Beschlagnahme durch die Staatsanwaltschaft Elberfeld verfallen. Endlich wird Strafantrag gegen die agrarpolitische Wochenschrift 'Reichslandbund' gestellt werden.

Angemerkt zu werden verdient, daß auch Dr. Stresemanns 'Tägliche Rundschau' sich dem agrarischen Lügenbund anschließt, indem sie den Schwindel wohlgefällig nachdruckt!

Die Europäer in China.

Die Besorgnisse steigen.

London, 15. Januar. (W.B.) Nach Meldungen aus Peking befürchten die Europäer noch mehr blutige Zwischenfälle. Kanton drohe, die britischen und französischen Niederlassungen auf Schanien gegenüber Kanton anzugreifen. Dies würde wahrscheinlich zu Blutvergießen führen, weil die Franzosen ihre Niederlassung verteidigen würden, um ihr Prestige in Indochina zu wahren.

Besitzblock - Arbeiterblock!

Der Klassenkampf in den bürgerlichen Parteien.

Die bürgerlichen Parteien rechts vom Zentrum suchen den Ausweg aus der Regierungskrise durch die Bildung des Bürgerblocks. Begründet wird dieses Streben mit der Behauptung, die Sozialdemokratie sei infolge ihrer Einstellung zum Klassenkampf nicht imstande, verantwortlich an der Regierung mitzuwirken. Man braucht solche Behauptungen, um Schlagworte für die parteipolitische Agitation zu haben. Um so wichtiger ist die Feststellung, daß gerade bei den bürgerlichen Parteien Führer der rechts gerichteten Arbeiterverbände neuerdings immer deutlicher erkennen, daß der Klassenkampf zwischen dem im Bürgerblock geeinten Unternehmertum und der Arbeiterschaft sich zum schärfsten Kampf aller Arbeitnehmergruppen gegen die Nachwillkür der Unternehmer verdrängen muß, wenn die Arbeitnehmerinteressen mit den Füßen getreten werden.

So erklärt es sich, daß neuerdings eine ganze Reihe von Führern der sogenannten nationalen Arbeiterverbände vor den sozialpolitischen Folgen eines Bürgerblocks eindringlich warnen. Natürlich vermeiden sie dabei den Namen 'Rechtsblock', wie auch die Deutschnationalen seit jeher sich scheuen, ihre Pläne offen aufzudecken. Aber sie kämpfen gegen das Ueberwuchern der Einflüsse des Großkapitals in den Parteien, denen sie bei den Wahlen die Stimmen ihrer Organisationen zugeführt haben und in deren Reihen ihre Verbandssekretäre als Reichstagsabgeordnete sitzen. Sie verlangen einen größeren Einfluß bei der Führung der Parteigeschäfte. Es will schon viel sagen, wenn die 'Deutsche Handelswoche', das antisemitisch redigierte Organ des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes, gegen die zur Durchführung des Bürgerblocks gegründete 'Staatspolitische Vereinigung' folgendes schreibt:

'Dann wird es aber auch gemächlich, lässig, stänlich und nichtig', sagt Wilhelm Baur. Dann fort mit dem Schuß der Ätten und Schwachen, dann fort mit der Regelung der Arbeitszeit, dann bestimmen die Arbeitgeber, für welchen Lohn der Arbeitnehmer in Deutschland seine Arbeitskraft herzugeben hat, und was er bekommen soll, wenn er arbeitslos, krank, invalide oder alt geworden ist. Fort mit den Sentiments, es lebe die Wirtschaft! Dann kann auch die Durchnationalisierung der ganzen Wirtschaft im Interesse der Wirtschaft des Großkapitals noch hemmungsloser und gründlicher erfolgen. Der kaufmännische Mittelstand, mit Ausnahme einiger großer Spezialgeschäfte der Großstadt, kommt dann an die Reihe. Den Konzernern folgen die Syndikate, die dann den gesamten Großhandel, und soweit das noch rentabel ist, auch den Kleinhandel rationalisieren und organisatorisch der großkapitalistischen Entwicklung einfügen. Diese Entwicklung ist schon im vollen Gange, und in wenigen Jahrzehnten wird das Deutschland der Vorkriegszeit mit seinem vielgestaltigen bürgerlichen Leben und bodenständigen Kulturzentren verunkeltene Vergangenheit sein. 'Der Nutzen' wird der Höhe, vor dem alles anbetend auf den Knien liegt. Korruption ist Trumpf!

Diese Stimme ist nur ein Zeichen der Gärung, wie sie neuerdings in Meinungsäußerungen führender rechts gerichteter Arbeitnehmervertreter zum Ausdruck kommt. Besonders bezeichnend dafür ist der von uns bereits erwähnte Artikel des deutschnationalen Abgeordneten und Fraktionssekretärs Walter Lambach in der 'Politischen Wochenschrift', in der dieser Führer des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes ausführlich darlegt, welche Gefahren von einer arbeitfeindlichen Politik der bürgerlichen Parteien zu erwarten sind. Lambach weist darauf hin, daß rechts von den Sozialdemokraten 33 Vertreter der Arbeitnehmer im Reichstag sitzen, könnten diese zusammen mit den Arbeiterparteien, deren Zahl bei einer Herabsetzung der Klassenfront auf 153 gestiegert werden könnte, eine Mehrheit von 252 gegen 241 bilden. Lambach stellt ausdrückliche fest, daß die 'Gefahr einer solchen Mehrheitsbildung im Verzuge ist.' Er verweist darauf, daß in den Rechtsparteien wie im Zentrum die Forderungen der Arbeitnehmer nach einer ausreichenden Vertretung nicht erfüllt werden, daß sich zum Beispiel im Zentrum ein Klassenkampf der Industrie und ein Klassenkampf des oberen Beamtentums gegen die Arbeiterschaft zeigt, die von der Mitwirkung an der Führung und Vertretung der Partei ausgeschlossen wird. Lambach wird noch deutlicher. Er erklärt, daß es überhaupt keinen Industriellen in der Deutschnationalen Volkspartei gäbe, wenn nicht Arbeiter, Angestellte und Bauern ihre Stimmen für die Industriellen abgegeben hätten. Die Deutsche Volkspartei hat ihren Arbeitervertreter Streiter nicht wieder in den Reichstag hineingelassen. 'Wer miterlebt hat, wie dort Industrielle ihre Arbeitnehmerloslegen bei den Kämpfen um das Knappheitsgesetz auszuschalten trachteten, wundert sich darüber nicht.'

Man sieht, die Führer der irreführenden deutschnationalen Arbeiter kämpfen um ihren Einfluß in den bürgerlichen Parteien. Sie kämpfen in einer ganz bewußten Klassenfront, wenn sie verlangen, daß sie entsprechend der zahlenmäßigen Stärke ihrer Mitglieder in den Fraktionen und in den Kammern zur Geltung kommen. Noch führen sie den Kampf innerhalb ihrer Parteien. Aber Lambach droht bereits sehr deutlich, wenn er schreibt:

Die neuerdings von der Industrie und dem Zentrum, außerdem von der Beamtenschaft beliebte planmäßige Bekämpfung der

Christlichen Arbeiter hat bewiesen, daß diese bisher nach rechts tendierenden Arbeiterpolitiker in die Klassenfront zurückgedrängt werden. Gelingt es ihnen nicht, sich den weiteren Aufenthalt in der volksbürgerlichen Front mit Ehren zu ermöglichen, so kann sich hier Deutschlands innerpolitisches Schicksal entscheiden. Diese Entscheidung aber dürfte den industriellen Urhebern dieser Kriegserklärung und der mit ihnen verbündeten Aristokratie auf die Dauer am teuersten zu stehen kommen.

Lambach ist ein treues Mitglied der Deutschnationalen Volkspartei. Wenn er mit dem Abmarsch der Deutschnationalen Handlungsgehilfen zu einem parlamentarischen Arbeiterblock droht, so müssen die Gegensätze zwischen Arbeitnehmern und Industriellen in den bürgerlichen Parteien schon außerordentlich weit gediehen sein.

Aber er hat recht: Am Ende des Besitzbürgerblocks wird und muß die Klassenfront der Arbeiter gegen die Industriellen stehen. Ob dabei einige deutschnationale Abgeordnete, die ihr Mandat der Irreführung der Arbeiterklasse verdanken, mittun oder nicht, ist gleichgültig. Denn die heute deutschnationalen Arbeiter werden später einmal diesen ihren Führern genau dieselbe Rechnung präsentieren, die sie heute ihren industriellen Reichstagskollegen vorsetzen. Sie werden erkennen, daß es kein Pattieren der Arbeiter mit den Unternehmern geben kann, wenn das Unternehmertum sich in rückwärtsgerichteter Weise über die Forderungen der Arbeiter hinwegsetzt, und die Führer der rechtsgerichteten Arbeiterorganisationen werden dann bald ohne Gefolgschaft dastehen. Die Sozialdemokratie hat keinen Anlaß, diese Entwicklung irgendwie zu fürchten, die ja auch in industriellen Kreisen vorausgesehen wird.

Es ist aber wichtig, festzustellen, wie führende Arbeitervertreter in den Rechtsparteien sich heute nicht nur den Klassenkampfgedanken, den sie sonst bekämpfen, zu eigen machen, sondern ihn sogar gegen ihre Parteifreunde begründen und verteidigen. Das wird ihnen entgegengehalten werden, wenn die von ihnen geforderten Pläne des Bürgerblocks ihre unvermeidlichen Früchte tragen sollten.

Deutschnationale und Reichswehr.

Eulenburgs Erzählungen.

Aus Ostpreußen wird uns geschrieben: Der deutschnationale Reichstagsabgeordnete Graf Eulenburg-Gallingen (Ostpreußen) hat in Ostpreußen eine Anzahl Reden gehalten, u. a. auch in Königsberg, und zwar hier in einer Mitgliederversammlung, bei der man sich vergewisserte, daß man unter sich war. Nach einwandfreier Berichterstattung hat Eulenburg dort folgendes gesagt:

„Da es sich um den Bestand der Reichswehr handelt, müssen wir in die Regierung gehen und ich glaube, daß Graf Westarp der richtige Mann ist, der befähigt ist, die Deutschnationalen zu ihrem Ziele zu führen.“

Wir haben uns mit den Christlichen und Böttischen zu einem großen Volksgedanken zusammengetan. Jetzt müssen wir in die Regierung eintreten, um für die Befreiung der Ostpolizei, die Befreiung der Rheinländer, die Wiederräumung des verlorenen Gebietes und Aufrichtung der schwarzweißroten Fahne zu kämpfen.

Aber ausschlaggebend zum Eintritt der Deutschnationalen in die Regierung ist der Ruf der Reichswehr. Die Reichswehr ist an die Partei herangetreten und hat gebeten: „Geht um Gottes Willen in die Reichsregierung, sonst sind wir verloren.“

Wenn das richtig ist, was Eulenburg in Königsberg erzählt, dann bekommt das Drängen der Deutschnationalen nach den Ministerposten ein ganz neues Gesicht. Es wäre freilich noch festzustellen, wer sich ihm gegenüber als „die Reichswehr“ ausgeben hat. Woran aber nicht zu zweifeln sein dürfte, ist die Tatsache, daß gewisse Offizierskreise der Reichswehr mehr Interesse daran haben, mit der monarchistischen Deutschnationalen Partei zusammenzu-

arbeiten, als mit republikanischen, weil sie die Reichswehr als reaktionären Schutzwall erhalten möchten. Das Interesse der Republik erfordert jedoch das genaue Gegenteil.

Königshoch vor Reichswehrlenten.

Brodaufs Beschwerden und Gehlers Antwort.

In Sachsen fand unlängst das Jubelfest zweier früherer „königlich-sächsischer“ Infanterieregimenter statt. Die Reichswehr stellte wie üblich die Musik und außerdem noch die „Traditionsmannschaften“, die den Kriegervereinigten Staffage zu leisten hatten. Trotzdem die Veranstalter sich schriftlich verpflichtet, daß das Fest würdig und unter Beiseitlassung der Postit verlaufen würde, hielt ein Generalmajor a. D., Pensionär der Republik, von Bärensprung, eine Rede, in der er die Größe „Seiner königlichen Hoheit des Kronprinzen“ als früheren Chefs der Regimenter überbrachte, und mit einem Hoch auf den „Geehrten“ Friedrich August, den früheren „Obersten Kriegsherrn“, schloß. Die Reichswehrlenten, die zu diesem Fest kommandiert waren, mußten sich, selbstverständlich ohne zu mühen, diese monarchistische Huldigung mit anhören, da die kommandierenden Offiziere nicht selbst sozial republikanisches Bewußtsein aufbrachten, um die Mannschaften sofort von Plage zu führen.

Lieber den Vorgang hat sich der demokratische Abg. Brodauf bei dem demokratischen Reichswehrminister Gehler beschwert und am Schluß seiner Beschwerdeschrift ausgeführt:

„Alle bisherigen Erfahrungen lehren, daß alle solchen Feiern stets republikfeindlichen Charakter tragen. Unter diesen Umständen wäre es das Beste, allgemein den Angehörigen der Reichswehr die Teilnahme an solchen Veranstaltungen zu untersagen.“

Auf diesen Brief seines engeren Parteifreundes hat Herr Gehler wie immer sehr höflich geantwortet, nur daß hinter der Höflichkeit sich ein praktisches Verlangen versteckt. Er schreibt nämlich:

„Die außerdienstliche Teilnahme von Angehörigen der Reichswehr an der Jubelfeier der früheren Infanterieregimenter 104 und 105 in Chemnitz war vom Wehrkreismando IV genehmigt worden, nachdem von den Veranstaltern bestimmungsgemäß der würdige und unpolitische Verlauf der Feier schriftlich zugesichert worden war.“

Hiergegen ist durch das Hurra auf den „ehemaligen Obersten Kriegsherrn“ verstoßen worden. Das Wehrkreismando IV hat von sich aus gemeldet, daß es dem Generalleutnant Bärensprung sein äußerstes Bestreben über den Vorfall ausgedrückt und ihn auf das völlig unzulässige seiner Handlungsweise nachdrücklich hingewiesen habe.“

Das ist alles! Herr Gehler denkt gar nicht daran, die Notwendigkeit in Erwägung zu ziehen, den Reichswehrlenten und vor allem den Offizieren, trotz der unliebsamen Erfahrungen mit gedrohenen schriftlichen Versprechungen, die Teilnahme an diesen traditionell-monarchistischen Festen zu untersagen. Ihm genügt es, wenn seine nachgeordneten Stellen irgendeinem pensionierten General hinterher ihr „Bestreben“ aussprechen. Bei solcher Rücksicht und väterlichen Milde ist allerdings nichts anderes zu erwarten, als daß auf die schönsten Anordnungen des Reichswehrministers von den Veranstaltern der Feste grundsätzlich gepfiffen wird, möglichst noch im Früdericus-Takt!

Die Pension der Putzkisten.

Ein halbamtlicher Rechtfertigungsversuch.

Zu dem Urteil des Reichsoberverwaltungsgerichts, das dem Putzgeneral Lüttwig die Pension zugesprochen hat, wird offiziell auf die Rechtslage hingewiesen, die ein anderes Urteil nicht zulasse, weil nach dem Offizierspensionsgesetz eine Offizierspension nur gewährt werden kann, wenn der Bezogene zu einer Zuchthausstrafe verurteilt ist; selbst eine Gefängnisstrafe würde den Pensionsbezug nicht vernechten, im vorliegenden Fall aber ist Lüttwig ja überhaupt nicht bestraft, sondern amnestiert worden. Da die Pensionierung des Lüttwig unter Berufung auf das Offizierspensionsgesetz erfolgt sei, müsse dieses Gesetz auf ihn angewendet werden.

Es handelt sich dabei offenbar um ein noch aus der Zeit der Monarchie stammendes Pensionsgesetz, und man hat wohl veräumt, rechtzeitig in der Republik eine Bestimmung einzufügen, die Hochverräter davor bewahrt, das Geld der ihnen so verhassten Republik einzusackeln. In der Monarchie brauchte man derartige Sicherungen nicht, denn wer auch nur demokratische Gesinnung verdächtig war, lag sehr bald und in hohem Bogen aus dem Offizierskorps heraus — ja, in den allermeisten Fällen kamen derartige Elemente überhaupt nicht erst in dieses Korps hinein.

Verbot ungesetzlicher Reichswehrrekrutierung.

Der Erlaß Hindenburgs.

Die vom Reichspräsidenten von Hindenburg unter Gegenzeichnung des Reichswehrministers Dr. Gehler erlassene Verordnung über ungesetzliche Einstellungen in die Reichswehr hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund des § 11 des Wehrgesetzes vom 23 März 1921 verordne ich:

1. Es ist verboten:
 - a) jede Aufnahme junger Leute, die nicht gesetzmäßig eingestellt sind, in die Kasernen, Ausbildungslager und in die Truppenteile, sei es auf Probe oder für freizuerwerbende Stellen, sei es für einen Ausbildungslehrgang oder zur zeitweiligen Erhöhung der Mannschafbestand;
 - b) die Vorbereitung und Ausbildung von Reservestämmen im allgemeinen sowie von Reserveoffizieren im besonderen.

Sollten Heeresdienststellen Verfügungen erlassen haben, die dahin mißverstanden werden könnten, als ob Zeitfreiwillige, Ausbildungslehrgänge, Vorbereitung von Reservestämmen usw. statthaft wären, so werden solche Verfügungen hiermit aufgehoben.

2. Wegen des ordnungsgemäßen Erlases der jährlich 5 Proz. vorzeitig Entlassenen wird ausdrücklich auf § 13,2 der Verordnung über die Ergänzung des Heeres (HGB.) vom 4. Juni 1921 hingewiesen, wo der Spielraum der vorzeitigen Entlassungen zwischen den einzelnen Divisionen und Kavalleriedivisionen genau geregelt ist.“

Westerkamp und das Ministerium.

Der Justizminister weiß immer noch nichts.

Das preussische Justizministerium ist wiederholt um seine Stellungnahme zu dem Vorgehen des Potsdamer Landgerichtsdirektors Westerkamp angegangen worden, der in einer öffentlichen Verhandlung die Presseberichterstattung mäßigte, sich ihm gegenüber zu verpflichten, daß sie über die Gerichtsverhandlung erst nach ihrem Abschluß berichten würden. Zuletzt hat der von uns wiedergegebene Protest des Bezirksverbandes Berlin dem Reichsverband der deutschen Presse eine solche Anregung an das Justizministerium veranlaßt.

Dieses aber erklärt nun, sich so lange nicht grundsätzlich über das Westerkampische Vorgehen äußern zu können, als die amtliche Prüfung dieses Vorgehens nicht abgeschlossen sei. Danach scheint also Herr Westerkamp noch immer nicht amtlich über die Berechtigung seines Vorgehens befragt worden zu sein, oder man hat noch keine Zeit gehabt, seine Antwort der „zuständigen Stelle“ zuzuleiten. Oder diese ist mit ihren Ermüdungen noch nicht zu einem entscheidenden Stadium vorgekommen.

Aber es ist auch eine andere Deutung möglich, daß nämlich das preussische Justizministerium sich aus der ganzen Offenlichkeit einen Karren macht. In der Strafprozessordnung gibt es keine einzige Bestimmung, die das Vorgehen Westerkamps rechtfertigen könnte. Das Justizministerium müßte also mit seiner Stellungnahme längst fertig sein. Wenn es sich aber dauernd von einer Erklärung drückt, so wird man eben den alten Rechtsgrundsatz anzuwenden haben: „Qui tacet, consentire videtur“ — wer schweigt, stimmt zu. Die Oberjustizbureauftraten scheinen sich eben auch mit der Billür des Herrn Westerkamp solidarisch zu fühlen.

Die großen Franzosen.

Von Dr. Paul J. Schmidt.

Wenn in einigen Kunsthandlungen vor Weihnachten französische Bilder zu sehen waren, die man besser, gerechier und qualitatvoller durch deutsche Malerei hätte ersetzen können, so besagt das vielleicht etwas gegen den Takt der Aussteller, nichts aber gegen die französische Kunst als solche. Diese ist in den Augen der Kunstfreunde prompt und sichtbar rehabilitiert worden durch die glänzende Schau, die die Münchener Kunsthandlung Thannhauser im Künstlerverein (Bellenuestraße) veranstaltet.

Man wird diese Ausstellung französischer Malerei von Corot bis Picasso mit jedem erdenklichen Vorteil besuchen können. Einmal lernt man dort das absolute Niveau malerischer Qualität kennen, lernt einsehen, daß es Kriterien des Schönen in der Kunst gibt, die einwandfrei über dem bekannten Geschmack stehen, über den nicht zu streiten ist. (Vielleicht läßt sich über den Geschmack überhaupt nur mit Leuten streiten, die keinen haben.) Eine Auswahl vollkommener Malerei, wie diese französischen Werke sie darstellen, entzieht sich einer so subjektiven Urteilsart vollständig. Es handelt sich bei Cézanne und Manet schlechterdings um etwas Höheres als Geschmack. Manet ist freilich so wenig wie Cézanne oder Renoir und Degas (dies sind die vier großen Säulen der Ausstellung) ein „Gestalter“ im deutschen Sinne; wir müssen den Anspruch unieres zu Exaltationen geneigten Gemüts vor diesen Erscheinungen des Westens gänzlich zurückstellen. Sie sind nichts und wollen nichts anderes sein als gute Maler, den Begriff im höchsten Sinne genommen. Uebertrager einfacher Erscheinungen der Natur in Systeme von Farbfächern auf der Leinwand; Handwerker der Farbe von sublimier Vergrößerung. Dieses Ziel der Kunst liegt dem Deutschen, der Gestaltung und Handlung sehen will, ziemlich fern. Die stillendebaste Einstellung der großen Franzosen erscheint ihm leicht ein wenig kühl, in ihrer Objektivität dem Objekt gegenüber nehmen sie für ihn die Härzung des Aristokratischen an. Aber auch wir haben in unserer eigenen Kunst solche Meister erlebt: Holbein d. J. und vor allem, zur Zeit Manets, Wilhelm Leibl und die seines Geistes waren. Wir brauchen also keineswegs die „reine Malerei“ als etwas spezifisch Französisches zu betrachten. Allerdings aber ist sie in der hohen Vollendung, in der genialen Fassung, wie die Franzosen von 1850—1890 sie ihr gegeben haben, rein französisches Gewächs — wiewohl durchaus Eigentum der ganzen Welt.

Denn auch das lehrt diese Ausstellung: daß große Qualität zum Gemeinlich aller Völker wird. Die Maler, die bei ihrem Auftreten bespien und mit Stücken attackiert wurden (dies ist ja Courbet; und Manet wie Cézanne widerfahren), haben die französische Malerei zum Range der ewig gültigen Repräsentanz des 19. Jahrhunderts erhoben und eine Tradition aufgestellt, die heute noch als alleinherrschende Geheimakademie die Welt der Kunst beherrscht. Es lohnt sich, so national zu sein: die Höchsteleistung rein französischer Qualität hat die unbegrenzte Vorherrschaft von Paris auf dem Gebiete und dem Markt der modernen Kunst stabilisiert.

Zum dritten lernt man hier die Physiognomien der großen Maler kennen und lieben, und dies sollte eigentlich der

erste Punkt sein, denn er ist der grundlegende Eindruck, und über ihn werden die meisten Besucher faum hinwegkommen. Die Namen der Corot, Daubier, Manet, der Impressionisten im engeren Sinne, der Renoir, Degas und Cézanne sind keine bloßen Namen mehr für den, der ihre glänzenden Werke im Künstlerverein erlebt. Glanz- und Mittelpunkt der Schau bilden die unbegreiflichen Vollkommenheiten von Manet und Cézanne, mit glücklicher Hand zusammengebracht. Daß dazu eine so herrliche Reihe von Meisterstücken von Gogh's das Gogerspiel zu Cézanne bildet, muß man der Veranstaltung hoch anrechnen; dabei aber niemals vergessen, daß von Gogh ganz und gar nicht hierher gehört, sondern seinen Weg an der Seite von Ruch und Hodler behält, als Erster und Größter der nordischen „Expressionisten“, der nichts weniger als „bonne peinture“ wollte, sondern sein Herzblut in leidenschaftlichen Visionen verströmte.

Städtische Oper.

„Das Glöckchen des Eremiten“ des Franzosen Raillart dimmelte schon vor 75 Jahren, wenn eine Frau in Gefahr geriet, untreu zu werden. Eine schöne Hilfe für Männer, die zum Hören ausersehen sind. Die Uberglaublichen und Reizenden haben daran ihren Spaß, und die Dörfler glauben sogar den Spuf. Wahrscheinlich läutete das Glöckchen nie, weil ja alle Dorfweiber vor dem Eremiten Angst hatten. Und wenn in der Oper demnach gebimmelt wird, so tut's die lustige, lustige Kose Fricquet. Um die Rolle dieser Kose haben sich vor ein halbes Jahrhundert die Primadonnen gerissen. Damals war die Lyrik und kanste Sentimentalität, war das Soldatliche, Marschmäßige Trumpf. Kein Zweifel, daß auch heute noch diese Musik ihre melodischen Reize zeigt, daß sie unterhaltsam, fein, einfallreich ist, daß die Instrumente in persönlicher Zeichnung ihrer Zeit voraus sind. Dennoch: nach einer halben Stunde hat man die Sättigkeit satt, und auch der Trägste weiß, daß sich jede Phrasen wiederholt, und daß nach jeder Tonica die Dominante folgt. Auch im Text grenzt vieles an die Volks, die ja in Deutschland immer Fremde gehabt hat. Textänderungen tun not. Für Frau Juggän war das Stück herausgelacht. Stimmlisch legt ihr die Kose Fricquet nicht; sie muß schon ein paar Koloraturchen einlegen, um gelanglich zu glänzen. Aber ihr natürliches, dröseliges, lausabüßliches Spiel stand hegreich im Mittelpunkt einer Aufführung, in der Guttman forsch, Reich bäurisch-schlau und bloß, die Diezewitz so schwerbütig spielen, Fritsch Krauk im Tenorigen, der Regisseur Paulz im Kithergebrachten Beden bleiben, und die Jander geschickt dirigieren.

Am folgenden Tag „Electra“. Nicht ein Jahrhundert, ein Jahrtausend scheint zwischen den beiden Werken zu liegen. Pallacl führte. Das Orchester Klang, bei allem Versuch der Schöllerung, so laut, daß kein Wort der Sänger verständlich war. Die Aufführung, in der die Bildbrunn eine Spitzenleistung von größter künstlerischer Pracht und Ausdauer gibt, erhielt neuen Glanz durch die dämonisch-podende, in allen Phasen ihres verruchten Daseins überhofft zuckende, trompende, in Bewegung, Gang, Rimit erschütternde, gebärdenhaft grobartige Rhythmusstra der Bahr-Rildenburg.

„Modellhaus Corvette“. Die dritten Akte der Schwänke, die zur Verlobung führen, sind immer etwas langweilig, denn man weiß, wie der erste Auf ausfallen wird. Man möchte aber gern wissen, wie sich das ganze einfädelt. Leo Walter Stein fädelt mit seiner Erfahrung, die schon einige Jahrzehnte Kulissenstück umspannt, sehr tüchtig ein. Also ein prachtvolles Model will einen Seitensprung machen, als der Herr Papa, der Chef des weltberühmten Robehaues Corvette, selbst nach Hamburg fuhr, um ein Geschäft und seinen Seitensprung zu machen. Diese üblichen Unternehmungen gehen, da es sich ja um ein Lustspiel handelt, famos und fröhlich aus. Eine charmannte Schwiegermutter, ein ebenso charmanter Modelfönig, ein piffziger Lakai, eine alte verrückte Schraube von Wirtshauskaterin, eine elektrische Kaffeemaschine, eine Bar, ein Phonograph, eine Autodupe, das Telefon mit falscher Verbindung, das Jagttelefon Berlin-Hamburg und schließlich einige Lufte, das sind so die wichtigsten und wichtigsten Menschen und Gegenstände, die dem Autor einfallen. Doch alles paßt zusammen, und Frau Bläbner, Frau Serdar, Herr Artur Schröder und Herr Gustav Charli und die Künstler mit den geringeren Rollen spielen ihren Part kräftig ins Parket hinunter. Das Parket klackst. Die Kunst ist nicht reicher geworden, vielleicht wird es der Direktor des Theaters am Zoo.

„Erführung der Woche. Dienst. Komödie: „Die Verle.“ — Sonnab. Oper am Tag der Republik: „Spanische Feste.“ „Wandlung Länge.“ — Tä am Rollendorplatz: „Mädel.“

„Aronis-Vorlese. Mont. bis Sonnab. (5), Sonn. (5, 9). Die verjantene Alette.“ — Mont. bis Sonnab. (5), Sonn. (5, 7). „Snoul, der Giddäzäger.“ — Mont. Dienst. (7), Mitt. (9), Donnerst. bis Sonn. (7). „Smilken den Schlichten der Wollenträger von New York.“ — Mont. (9). „Deutsches Turnertum.“ — Dienst. (9). „Nabre Sowjet-Gewalt in Rußland.“ — Mitt. (7). „Die Technik des Rundfunk-empfangs.“ — Donnerst. (9). „Moderne Kärentum.“ — Freit. (9). „Was will die neueste Erberkultur?“ — Sonnab. (9). „Filmkaufspieler und Filmkaufzielrinnen.“ — Sonn. (9). „17 Jahre Jagd- und Forstere- abenteuer im dunkelsten Bundeil.“

Die Galerie Goldschmidt-Wallerstein, Schöneberger Wer 36a, zeigt Gemälde, Aquarelle und Graphik von Konrad Heilmüller, Dresden.

In der Gesellschaft die Offiziellen Kunst (Abteil der staatlichen Kunstkollektive, Reim-Abteil-Str. 7a) bricht am 18. abends 8 Uhr, Prof. Richard Wilmann aus Frankfurt a. M., Leiter des Gyna-Instituts, über „Kunstliche Lyrik und Malerei“.

Deutsch-polnische Verhandlungen über den Austausch von Kunstgegenständen. Der Direktor der polnischen Museen und Archive, Lwow, ist nach Berlin abgereist. Er wird ausführlich der gegenwärtigen deutsch-polnischen Verhandlungen mit den zuständigen deutschen Behörden über den Austausch polnischer Gegenstände, die sich in deutschen Museen befinden, und deutscher Gegenstände, die in Polen aufbewahrt werden, verhandeln.

Der zweite Stürmball, das Kollimisch der Expressionisten, findet am 22. im Kollimisch des Gos Hall, Anzeigen und Karten durch den Sturm, Potsdamer Straße 136a, Lwow 4443.

Frankreichs Umrüstung.

Die schlotternde Uniform — das Volk in Waffen.

Im Rahmen einer Vortragsreihe über „Frankreich als Großmacht“, die der Beirat für Auslandsstudien in der Universität veranstaltet, berichtete der Hauptmann im Reichswehrministerium Müller über die französische Armee. Diese befindet sich seit Jahren in einer inneren Krise. Der Apparat des Heeres ist zu groß geworden im Verhältnis zur Zahl der verfügbaren Mannschaften, deren Dienstzeit allmählich von drei auf anderthalb Jahre eine weitere Herabsetzung, die finanzielle Schwächung des Landes drängt auf Reduzierung der Wehrausgaben, auch will man sich der Ausbreitung des Friedensgedankens anpassen. So ist die Uniform für die Armee zu weit geworden.

Die 1923/24 verjüngte teilweise Heeresreform hatte keinen Erfolg. Im Offizier- und Unteroffizierkorps herrschte bis vor einigen Monaten eine starke Mißstimmung. Die französische Armee zählt zurzeit 730 000 Köpfe, davon sind 480 000 „weiße Franzosen“. In Frankreich und im besetzten Gebiet stehen 425 000 Mann (davon 70 000 farbige Truppen), in Marokko 70 000, Syrien 20 000, Kolonien 50 000. Die Armee besitzt 20 000 leichte, 50 000 schwere Maschinengewehre, 1500 leichte, 1600 schwere Geschütze, 4000 Tanks, 1700 Flugzeuge. Die reinen Heeresausgaben machen im Gesamtbudget 12½, zusammen mit den Marine- und militärischen Kolonialausgaben nicht weniger als 17½ Proz. aus. Uebungen fanden in der Nachkriegszeit nur in ganz geringem Umfang statt, für 1927 sind zum erstenmal wieder 5000 Reserveoffiziere und 100 000 Mann eingezogen worden. Die Auffassung über die notwendige Weiterentwicklung des Heeres ist nicht einheitlich, ein Teil des Offizierkorps legt mehr Wert auf die Rassenhaftigkeit, ein anderer auf den materiellen Ausbau des Heeres (Motorisierung der Truppen). Die Disziplin der Soldaten sei besser als vor dem Kriege.

Die der Kammer vorgelegten, im Februar zu beratenden Heeresreformgesetze planen, für die „farbigen Franzosen“ die dreijährige Dienstzeit beibehalten zu lassen, sie jedoch für die „weißen Franzosen“ auf ein Jahr zu verkürzen. Doch ist die Einführung der einjährigen Dienstzeit an Voraussetzungen geknüpft: Das Unteroffizierkorps soll um 30 000 auf 106 000 Köpfe erhöht werden, um eine intensivere Ausbildung zu gewährleisten, die Zahl der militärischen Beamten soll auf 15 000, die der Zivilangestellten auf 30 000 erhöht werden, um die Truppen von der Verwaltungsarbeit zu entlasten, die Generalmajorie von 30 000 auf 45 000, um Kräfte für den militärischen Jugendunterricht zu gewinnen. Das Rekrutenkontingent wird 240 000 bis 250 000 Mann im Jahre betragen, die je zur Hälfte im Mai und November eingezogen werden. Die militärische Jugendzucht wird weiter ausgebaut. Ueber jedes Kind wird vom 6. Lebensjahr an ein Kontrollbuch angelegt, das bei der Einstellung vorzulegen ist. Vom 16. Lebensjahr an beginnt für die männliche Jugend die Vorbereitung für den Militärdienst. Die Schüler der höheren Lehranstalten werden planmäßig zu Unteroffizieren und Offizieren vorgebildet. Im letzten Schuljahr sind 240 Unterrichtsstunden dem Militärwesen zu widmen und 12 Uebungstage im Gelände zu verbringen. Wer das Schlußzeugamen besteht, kann sich den Truppenteil wählen; er wird nach drei bis vier Monaten Militärdienst Unteroffizier, bereits nach sechs Monaten zum Reserveoffizier befördert, so daß er die Hälfte seiner Dienstzeit bereits Offiziersdienst tut. In der Jugendausbildung sind zurzeit 300 Offiziere und 5000 Unteroffiziere tätig. 1925 nahmen 25 000 Schüler an den Uebungen teil, 4000 meldeten sich zum Schlußzeugamen, das nicht weniger als 60 Proz. von ihnen bestanden.

Die Armeeorganisation soll dadurch geändert werden, daß die Truppe von den gesamten Mobilisierungsarbeiten entlastet wird; es werden 20 Wehrtreuekommandos als besondere Behörde errichtet, die das „Volk in Waffen“ hinter der aktiven Armee im Kriegsfall aufstellt. Die Armee soll im ganzen 626 000 Köpfe betragen, davon 406 000 in Frankreich selbst. Neben der militärischen Dienstpflicht wird die Zivildienstpflicht eingeführt. Es werden bereits im Frieden alle Vorbereitungen für die wirtschaftliche Mobilisierung des ganzen Landes getroffen. Die Heeresausgaben für die reorganisierte Armee werden voraussichtlich eine halbe Milliarde höher sein als die jetzigen.

Der Vortragende nannte die geplante Armeeform wieder eine Aufrüstung nach einer Abrüstung, sondern eine Umrüstung der französischen Armee. Die Begründung der Heeresgesetzentwürfe erkläre, daß sie Frankreichs friedlichem Ausdruck geben, „niemals als erstes die Waffen zu ergreifen“. Dennoch solle im Sinne ihrer Urheber die französische Armee das Instrument bleiben, um Frankreichs Vormachtstellung auf dem Kontinent zu erhalten.

Deutsch-türkischer Handelsvertrag.

Ein langfristiges Wirtschaftsabkommen mit der Türkei.

Am 12. Januar sind in Angora die Ende Oktober vorigen Jahres paraphierten deutsch-türkischen Handels- und Niederlassungsverträge unterzeichnet worden. Der Handelsvertrag, der auf den Grundfragen der Weisbegünstigung und der Gleichbehandlung mit den eigenen Staatsangehörigen aufgebaut ist, enthält neben den üblichen Vereinbarungen über Handel und Schifffahrt besondere Bestimmungen über Handlungsreisende und die von ihnen mitgeführten Waaren. In zolltariflicher Hinsicht ist gleichfalls gegenseitige Weisbegünstigung vereinbart, daneben hat Deutschland einige Herabsetzungen türkischer Tarifsätze erlangt, insbesondere für gewisse chemische Erzeugnisse, Spielzeug und Lederwaren. Die deutschen Zugeständnisse an die Türkei erstrecken sich u. a. auf Teppiche, Rosinen, Mandeln, Feigen, Haselnüsse.

Der Niederlassungsvertrag geht von dem Grundsatz der Gegenseitigkeit aus und behandelt im üblichen Rahmen die Niederlassung, die Berufsausübung, bewegliches und unbewegliches Eigentum, die Anerkennung und Zulassung von Gesellschaften. Er enthält ferner besondere Bestimmungen über die Besteuerung und den freien Zutritt zu den Gerichten. Die Vertragsdauer beträgt zwei bzw. drei Jahre. Nach Ablauf dieser Fristen gelten die Verträge für unbestimmte Zeit weiter; sie können jedoch jederzeit mit sechsmonatiger Frist gekündigt werden.

Die Verträge bedürfen noch der Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften. Sie treten in Kraft einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden, der in Berlin stattfinden wird.

Eine Konferenz von Hygienefachverständigen tritt am 17. Januar in Paris zusammen zum Studium des Problems der Säuglingssterblichkeit in den verschiedenen Ländern. Am gleichen Tage beginnt in Paris ein sogenannter Austauschkursus für Sanitätspersonal. Sein Zweck besteht darin, die Zusammenarbeit der Sanitätsverwaltungen der verschiedenen Länder zu erleichtern.

Flucht vor dem Jesuitenterror. Zwei Redakteure des italienischen Blattes „Il Mondo“ überschritten die italienisch-jugoslawische Grenze und trafen in Belgrad ein. Sie erklärten, sie seien vor dem italienischen Terror geflüchtet.

20 Jahre Eisenbahnmuseum.

Das „Verkehrs- und Baumuseum“ in der Invalidenstrasse, das der Berliner abgekürzt als „Eisenbahnmuseum“ bezeichnet, wurde vor nunmehr 20 Jahren der Öffentlichkeit übergeben. Der Plan, ein solches Museum zu schaffen, geht weit in die Vergangenheit zurück. Zunächst hatte man die Absicht, diese Sammlung irgendwie an die Technische Hochschule Charlottenburg anzugliedern. Es wurde ein aus Professoren der Hochschule gebildeter Ausschuss geschaffen, der mit der Sammlung von geeigneten Modellen, Zeichnungen, Bildern usw. beauftragt wurde. Der Ausschuss erfüllte seinen Zweck jedoch nicht. Nach zweijährigem Bestehen stellte er seine Tätigkeit ein.

Dann kamen die großen Weltausstellungen in Chicago, Paris, Düsseldorf und St. Louis, an denen sich die deutsche Staatseisenbahn hervorragend beteiligte und die dort ausgestellten Modelle bildeten denn auch den Grundstock des Eisenbahnmuseums. Im Jahre 1905 wurde in den Etat der Preussischen Eisenbahnverwaltung eine Summe von 650 000 Mark zur Schaffung des heutigen „Verkehrs- und Baumuseums“ eingesetzt, und am 14. Dezember 1906 wurde das Museum dann endlich der Öffentlichkeit übergeben. Der alte Hamburger Bahnhof, der zu diesem Zweck besonders hergerichtet wurde, nahm die Modelle, Pläne und Zeichnungen auf. Man erweiterte ihn durch den Anbau von Seitenflügeln, die in systematischer Arbeit mit Ausstellungsgegenständen gefüllt wurden. Heute umfaßt das Museum im wesentlichen drei Teile, die Eisenbahn, die Wasserbau- und Hochbauabteilung. Sehr interessant ist in der Eisenbahnabteilung die Sammlung von Konzessionsurkunden für die ersten Privatbahnen, der Werdegang der Lokomotiven, der Güter- und Personenwagen. Ein besonderes Glanzstück dieser Abteilung ist das Gleisemuseum, das von dem Generaldirektor des St. Georg-Marien-Bergwerks- und Hüttenvereins, Dr. Ing. Haarmann, gestiftet wurde. Es führt die Entwicklung des Gleisbauwesens von der primitiven im Bergbau verwandten Holzschiene bis zu der heute verwendeten schwersten Eisenchiene vor und zeigt die ungeheure Geistesarbeit, die auf diesen Teil des Eisenbahnwesens verwendet wurde. Bekanntlich ist das Schienenstochproblem bis zum heutigen Tage noch nicht einwandfrei gelöst, und alle Bemühungen der Eisenbahntechniker haben es nicht zuwege gebracht, den Zusammenstoß der einzelnen Eisenbahnschienen in einer für den

Betrieb geradezu idealen Weise umzugestalten. Die Wasserbauabteilung zeigt vor allem Talsperren, Kanal- und Schließentbauten, Hafenanlagen, Uferbefestigungen. Auch die Befestigung der Häfen (d. h. die Anordnung der Leuchttürme und Leuchtbojen) ist anschaulich zur Darstellung gebracht. Die hier ausgestellten Modelle berühren sich zum Teil mit denen im Museum für Meereskunde angestellten. In der Hochbauabteilung verdient vor allem die hervorragende Sammlung des Beleuchtungswesens Beachtung, die die eigenartigen Leuchtgeräte vom Kleinspann bis zur vollendeten elektrischen Beleuchtung aufweist, neben den Modellen von ausgeführten Hochbauten besondere Beachtung. U. a. ist hier auch die Weltenergie- und Kachelindustrie mit hervorragenden Ausstellungsgegenständen vertreten.

Das Museum, das heute mit seinem neuen in hellen Farben gehaltenen Anstrich auffallend aus den grauen Bauten der Invalidenstrasse hervortritt, vermittelt einen einheitlichen Ueberblick über das gesamte Verkehrs- und Bauwesen, und es ist zu begrüßen, daß heute nicht nur Hochschulen, sondern auch Volkshochschulen hier praktischen Unterricht durch Führungen erteilen. Die Besuchsziffern sind von Jahr zu Jahr gestiegen. Insbesondere wäre es außerordentlich zu begrüßen, wenn die Museumsleitung es sich angelegen sein ließ, den gesamten Inhalt dieser Sammlung literarisch auszuwerten, so daß der Besucher nicht nur den ausgezeichneten Führer und Postkarten, sondern Literatur des gesamten Gebiets des Eisenbahnwesens, des Wasserbaues und der Architektur in Einzelvorstellungen hier käuflich erwerben könnte. Hier sollte sich die Museumsleitung das Londoner „Science Museum“ in South-Kensington als Vorbild dienen lassen, in dem man über alle technischen Einzelfragen geeignete Literatur im Museum selbst erwerben kann. Die Museumsverwaltung sollte bedenken, daß vor allem das ruhige Studium in Verbindung mit dem Besuch des Museums erst den Besucher zu einer Vertiefung des zuvor Gesehenen gelangen läßt. Vielleicht stützen auch dem Museum dadurch Einnahmen zu, die der Erhaltung und dem Ausbau der Sammlungen zugute kämen. Es wäre außerordentlich zu begrüßen, wenn diese Anregung, die übrigens für einen großen Teil der Berliner Museen gilt, auf fruchtbaren Boden fiel. Vielleicht ist das auch eine Angelegenheit, mit der sich der Verein der Deutschen Ingenieure befassen könnte, der hier mit seinen reichen Erfahrungen sicherlich praktische Hilfe leisten könnte.

Der Selbstmord der Drei.

Zwei Leichen noch immer vermißt.

Zur Tragödie der drei Mädchen, die gemeinsam im Müggelsee den Tod suchten, wird mitgeteilt, daß die Leichen der Dorothea Weber und der Frieda Schöffow auch jetzt noch nicht gefunden sind. Der Reichswassererschuß hat mit mehreren Booten das Gewässer abgesucht, bisher aber noch ohne Erfolg. Die Nachforschungen werden fortgesetzt.

Das Motiv zur Tat ist immer noch ungeklärt. Der Kriminalbeamte Weber, dessen Frau vor 1½ Jahren starb, hat sich vor einem Vierteljahr wieder verheiratet. Seine Kinder standen angeblich mit ihm und auch mit der Stiefmutter auf gutem Fuße, bis auf die älteste Tochter Käthe, die für sich allein lebte und in besonders gespannten Beziehungen zum Vater stand. Das Mädchen unterhielt ein Liebesverhältnis mit einem Ranne, mit dem sie sich auch in Hamburg aufhielt. Von dort aus versuchte sie ihre jüngste Schwester Charlotte zu sich herüberzuführen, die auch durch ein Bewerbungsschreiben bereits Verbindungen mit Hamburg angeknüpft hatte. Der Vater erfuhr aber davon und verhinderte diese Pläne. Das scheint den Anstoß zu der Tragödie gegeben zu haben, in die durch irgendwelche noch nicht geklärte Rolle auch Dorothea und die Freundin Schöffow hineingezogen wurden.

Einbrüche der Tempelhofer Rassenräuber.

Zwei gemeingefährliche Einbrecher standen vor der Straf- abteilung des Schöffengerichts Mitte; sie wurden aus Zuchthäusern und Gefängnissen vorgeführt. Der eine der Angeklagten war der bereits wegen des Tempelhofer Falles mit 5 Jahren Zuchthaus verurteilte Bruno Schulz. Neben der Zuchthausstrafe hat Schulz noch für andere Straftaten insgesamt 6 Jahre Gefängnis abzusitzen. Der zweite Angeklagte war der Spielgenosse von Schulz, Peter Pawlak, ebenfalls schon zu 5 Jahren Zuchthaus rechtskräftig verurteilt, der sich in einem Diener hielt und sich von diesem in einer eleganten Ledertasche das Einbrecherwerkzeug zur „Arbeit“ tragen ließ. Der dritte im Bunde war der wegen des Tempelhofer Falles zu 3 Jahren Zuchthaus verurteilte Willi Fechner. Kurz vor dem Tempelhofer Rassenraub hatten die drei einen Einbruch bei der Distanz-Gesellschaft an der Reuen Promenade 6 geplant. In der Nacht vom 26. zum 27. März 1925 waren sie bei dem Versuch, mit Steinbohrern durch die Wand des Rassenraumes durchzubrechen, auf einen Hohlraum gestoßen und erkannten, daß dahinter noch eine zweite Wand sei, so daß sie vom diesem Plan Abstand nehmen mußten. Zwei weitere Versuche gingen gleichfalls fehl. Auch in der gefürzten Verhandlung behauptete er, daß die Mitangeklagten nicht dabei gewesen seien. Ob er selbst beteiligt sei, wollte er weder zugeben noch bestreiten. Das Schöffengericht verurteilte Bruno Schulz und Willi Fechner zu je 3 Jahren Zuchthaus, Peter Pawlak zu 2 Jahren 1 Monat Zuchthaus. Gegen sämtliche drei Angeklagte wurde auch auf 5 Jahre Ehrverlust erkannt.

Sozialhygiene in Rußland.

Einen sehr interessanten Vortrag über die „Wissenschaftliche Medizin in Moskau und den angrenzenden Gebieten des „Leninismus“ hielt vor kurzem Prof. Schilling im Auftrag der „Deutschen Gesellschaft zum Studium Osteuropas“ und der „Bilrothstiftung für deutsche Heilkunde im Auslande“. Der Vortragende hatte im Auftrag der „Therapeutischen Gesellschaft“ eine mehrwöchentliche Reise nach Rußland unternommen, um dort medizinische Vorträge zu halten und Fühlung mit russischen Ärzten und wissenschaftlichen Instituten zu nehmen. Er betonte, daß er aus eigener freier Entscheidung nicht weniger als 31 Institute besichtigen konnte. Er schilderte die Bemühungen der Sowjetregierung, durch Massenausbildung von Ärzten, die sich zum größten Teil aus Arbeitern rekrutieren, die Besserung der hygienischen Verhältnisse auf dem Lande zu schaffen. Diese Ärzte, die dort ausgebildet werden, seien nicht mit unseren wissenschaftlich geschulten Medizinern zu vergleichen. Aber bei der primitiven Kultur des größten Teils der Bevölkerung werde eine Art von Hygienebeamten geschaffen, die dennoch viel Segensreiches leisten könnten. Die Zentralinstitute, von denen aus die hygienische Bildung ins Land getragen wird, seien in der Tat hervorragend ausgestattet. Das Zentralinstitut für Hygiene z. B. enthalte nicht weniger als 15 000 Diapositive, die an ärztliche interessierte Leute für Vorträge und Aufklärungsarbeit verliehen werden. Besonders interessant ist ein Institut, das die Veränderungen studiert, die bei industriellen Arbeitern infolge der Arbeitslosigkeit entstehen. Hier arbeiten Schlosser, Dreher, die ständig von Ingenieuren und Ärzten beobachtet werden, und man versucht hier eine Art russisches Taylorsystem zu schaffen, das gestattet, höchste Leistung mit geringstem Kraftaufwand zu vollziehen. Besonders anerkennend äußerte sich der Vortragende über die Bemühungen, Aufklärung in der Säuglingspflege und Mutterschutz zu schaffen. Hervorragende Künstler haben auf die Ziele des Volkes hinstellende Plakate angefertigt, die an allen öffentlichen Stellen ausgehängt werden. Unter den zahlreichen Werkblättern fällt besonders auf, daß man auch daran gedacht

hat, die Bevölkerung zu belehren, wie sie sich bei einem Gasangriff durch Flugzeuge zu verhalten habe. Die Befolgung der Ärzte und Wissenschaftler ist sehr niedrig. Die Sowjetregierung selbst sieht sich veranlaßt, besonders bei solchen Ärzten, die aufs Land gehen, Verpflichtungen zu machen, die sich sowohl auf die Erhöhung des Gehaltes als auch auf die Aussicht an einem Zentralinstitut weiter ausgebildet zu werden, beziehen. Der Vortragende betonte, daß die Bemühungen der russischen Regierung, gerade auf diesem Gebiet Änderungen gegenüber den geradezu katastrophalen Zuständen zu schaffen, zu verstehen sei, und daß sie als ein vielversprechender Anfang zu werten sei. Noch ist die Krankheitsziffer sehr hoch. Noch ist unendlich viel zu leisten, und sicherlich ist Rußland, trotz aller Bemühungen, noch weit davon entfernt, in der Praxis auf hygienischem Gebiet an der Spitze zu marschieren.

Die Grippe greift noch immer weiter um sich. Wie wir vom Hauptgesundheitsamt erfahren, befanden sich heute früh in den städtischen Krankenhäusern 1035 Grippekranke. Die Zunahme gegen gestern beträgt 57. Bei der Ortstrankenfesse lagen gestern 933 Grippekrankenmeldungen vor.

Zeichen des Weisfeuers. Im Jahre 1926 sind in den dänischen Gewässern im ganzen vier, noch aus der Zeit des Krieges stammende Minen ungeschädlich gemacht worden, und zwar handelt es sich um eine deutsche Mine im Drogden, dem Fahrwasser zwischen den Inseln Amager und Saltöholm, sowie um zwei englische und eine deutsche Mine an der Westküste Jütlands.

Großfeuer in einer Magdeburger Schokoladenfabrik. Heute morgen gegen drei Uhr brach in dem Dachstuhl der Schokoladenfabrik A. G. Hauswoldt in Magdeburg-Neustadt Großfeuer aus. Nach etwa zweistündiger Arbeit gelang es den Feuerwehren, des Brandes Herr zu werden. Der Schaden ist beträchtlich. Man vermutet Brandstiftung. Die Aufräumarbeiten werden bis in die Mittagsstunden hinein dauern.

Herabwürfende Gesteinsmassen. Auf dem Schacht „Münden“, bei Rentershäusen wurden nach einer Reibung aus Bebra durch herabwürfende Gesteinsmassen vier Bergleute verschüttet. Zwei wurden nach mehrstündiger Arbeit tot geborgen, ein dritter wurde schwer verletzt, ein vierter kam mit leichteren Verletzungen davon.

Freiwillige Gemeindef. Sonntag vom 11. Uhr, Vaporaallee 15. Vortrag des Herrn Dr. H. Gasse: Die Wilschonsaufgabe unserer freigeistigen Woche. Kartontium: „Aus „Lindne“ (Lorsing). Gäste willkommen.

Sport.

Ruhe am Kaiserdamm!

Keine Felderänderungen.

In der Kaiserdamm-Arena ging es in der dritten Nacht mehr als einträglich zu. Kleine, immer wieder verpuffende Vorstöße vermochten nicht Stagnation auskommen zu lassen. Einmal können bei einem Vorstoß Petri-Junge ohne Nähe ihre Strafrunde wieder abstreichen und in den Morgenstunden geht von Kempen los. Die deutsch-holländische Kombination hat jedoch kein Glück! Bleibt nur noch zu erwähnen, daß Seifert-Rühlbach irgendwann eine weitere Runde einbüßen und Behrendt-Stupinski in der 2-Uhr-Nachtwertung eine ihrer Verlustrunden wieder wettmachen. Das wäre das Ergebnis der dritten Nacht.

Die Nachtwertungen

bringen in den Spurts folgende Resultate: 2-Uhr-Nachtwertung: 1. Spurt: 1. van Kempen, 2. Seifert, 3. Kielens, 4. Thollembeek. 2. Spurt: 1. Stupinski, 2. Koch, 3. Degraeve, 4. Petri. 3. Spurt: 1. Tiep, 2. Stupinski, 3. Degraeve, 4. Koch. 4. Spurt: 1. van Kempen, 2. Thollembeek, 3. Lorenz, 4. Kielens. 5. Spurt: 1. Seifert, 2. Tiep, 3. Stupinski, 4. Koch. 6. Spurt: 1. Rühlbach, 2. Kielens, 3. van Kempen, 4. Frankenstein. 4-Uhr-Nachtwertung: 1. Spurt: 1. Goossens, 2. Huertgen, 3. Frankenstein, 4. Tonani. 2. Spurt: 1. van Kempen, 2. Mac Ramara, 3. Stodeign, 4. Kausch. 3. Spurt: 1. Goossens, 2. Rühlbach, 3. Huertgen, 4. Tiep. 4. Spurt: 1. van Kempen, 2. Stodeign, 3. Koch, 4. Buschenhagen.

Stand des Rennens.

Spitze: 1. Degraeve-Thollembeek 119 Punkte, 2. Mac Ramara-Tiep 78 Punkte, 3. Koch-Kielens 63 Punkte, 4. Buschenhagen-Frankenstein 58 Punkte, 5. Lorenz-Tonani 57 Punkte. Eine Runde zurück: 6. van Kempen-Bauer 140 Punkte, 7. Goossens-Stodeign 97 Punkte, 8. Bombst-Loquehan 22 Punkte. Drei Runden zurück: 9. Petri-Junge 62 Punkte, Drei Runden zurück: 10. Behrendt-Stupinski 50 Punkte, 11. Kausch-Huertgen 19 Punkte. Vier Runden zurück: 12. Seifert-Rühlbach 44 Punkte. Manthen Ersatzmann. Um 6 Uhr morgens waren nach 56 Stunden insgesamt 1559,380 Kilometer zurückgelegt. Fahrer Rühlbach gibt in den Vormittagsstunden wegen Krankheit auf. Neue Mannschaft Manthey-Seifert.

